



„Das Modell Steueroase ist nicht zukunftsfähig“

Der Liechtensteiner Regierungschef Adrian Hasler spricht über die Folgen der Panama Papers, die Zukunft des Bankgeheimnisses, den grenzübergreifenden Datenaustausch der Finanzbehörden – und er erklärt, warum das Fürstentum keinesfalls in die EU will

INTERVIEW: UWE RITZER

Genau 20 Kilometer lang, acht Kilometer breit, 37.000 Einwohner. Das Fürstentum Liechtenstein ist der sechskleinste Staat der Welt, nach Pro-Kopf-Vermögen aber einer der reichsten. Das Regierungsgebäude in der Hauptstadt Vaduz liegt unterhalb der mächtigen Burg, in der die Monarchenfamilie residiert. Die Regierungsgeschäfte führt seit März 2015 Adrian Hasler, 52, ein zurückhaltend-sachlicher Mann, der zugleich als Finanzminister amtiert. Vor seiner Wahl war der Politiker der konservativen FPB zwölf Jahre Chef der Liechtensteiner Polizei.



Seit dreieinhalb Jahren Regierungschef und Finanzminister von Liechtenstein in Personalunion: Adrian Hasler. Im nächsten Jahr stellt er sich erneut zur Wahl. FOTO: AP

SZ: Herr Hasler, welchen Gedanken hatten Sie, als am Abend des 3. April erstmals über die Panama Papers berichtet wurde? Adrian Hasler: Hoffentlich taucht nicht der Name einer Liechtensteiner Firma auf. Sie hatten also Sorge, dass Liechtenstein in den Sog gerät?

Eigentlich nicht, aber die ganzen alten Geschichten wären wieder hochgekommen, und reflexartig wäre die Reputation unseres Landes wieder infrage gestellt worden. Unsere Behörden haben sofort untersucht, ob Liechtensteiner Firmen involviert sind und ob sie sich etwas haben zuschulden kommen lassen. Das war nicht der Fall.

Es tauchen aber Liechtensteiner Namen in den Panama Papers auf.

Jeder internationale Finanzplatz ist in den Panama Papers in irgendeiner Form erwähnt. Sie müssen unterscheiden, ob jemand sein Geld in Panama legal anlegt, oder ob damit illegale Machenschaften verbunden sind. Dieser wichtige Unterschied kam bei der öffentlichen Empörung über die Panama Papers zu kurz. Mir wurde die Frage, was rechtlich legitim und was moralisch vielleicht anfechtbar ist, zu sehr vermischt. Im Nachhinein muss man doch sagen, dass die Thematik sehr hochgespielt wurde, strafrechtlich aber bis heute – soweit mir bekannt – nicht viel übrig blieb. **Fakt ist, dass viele Liechtensteiner Treuhänder von ihnen verwaltete Privatstiftungen mit dem Schwarzgeld ihrer Kunden nach Panama verlagert haben.**

Es gibt sicher solche, die hart am Wind segeln. Das kann man nicht vollständig verhindern, aber wir haben in den vergangenen Jahren sehr hart daran gearbeitet, den Finanzplatz zu reformieren, und wir haben ihn komplett gewandelt. Seit Anfang des Jahres ist das Abkommen zum automatischen Informationsaustausch mit der EU in Kraft. Das heißt: Wir werden jedem EU-Land im Herbst 2017 melden, welcher seiner Bürger 2016 Einkünfte in Liechtenstein hatte und in welcher Höhe. Das gilt auch für Einkünfte aus Stiftungen. Damit erfüllen wir den OECD-Standard als sogenannte *early adopter*.

Ist Liechtenstein noch eine Steueroase? Definitiv nicht. Unsere Banken verlangen von jedem Neukunden den Nachweis, dass er das Geld, das er anlegen will, ordentlich versteuert hat. Bestehende Kunden wurden auf den ab 2016 geltenden automatischen Informationsaustausch hingewiesen. Wir haben uns ganz klar für die Steuerkonformitätsstrategie entschieden. **Aber die in Liechtenstein zahlreichen und mächtigen Treuhänder wehren sich vehement gegen diese „Weißgeldstrategie“.** Das stimmt so nicht. Im Frühjahr 2013 wurde uns klar, dass international der automatische Informationsaustausch kommen wird, und es für Liechtenstein der einzig richtige Weg ist, nicht Rückzugsgefechte zu führen, sondern uns aktiv zu positionieren. Wir mussten viel Überzeugungsarbeit gegenüber allen Interessengruppen am Finanzplatz leisten. Die meisten gingen den Reformweg sehr früh schon mit. Einige taten sich damit schwerer. Rückblickend zeigt sich, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Heute sind unsere Standards im Finanzgeschäft im internationalen Maßstab sehr hoch.

Trotzdem tauchte Ihr Land auf einer EU-Liste der in Steuerfragen unkooperativen Länder auf.

Das ist völlig unberechtigt und nervt mich deshalb sehr. Unsere Reformen werden von Experten weltweit anerkannt. Und dann wird man seitens der EU-Kommission auf irgendeine komische Liste gesetzt. Niemand kann einem sagen, warum, und vor allem: wie man da wieder runterkommt. Das ist nicht fair. Mit Deutschland würde Brüssel nicht so umspringen. Das setzt uns auch innenpolitisch unter Druck. Unsere Bürger fragen: Warum der radikale Kurswechsel, wenn wir trotzdem auf so einer Liste landen?

Sind Sie daran nicht selbst schuld? Erst 2011 hatte Liechtenstein beschlossen, Einnahmen aus Markenrechten oder geistigen Eigentum nur minimal zu besteuern. Das reicht nach Steuerdumping für Großkonzerne.

Es stimmt, dass unsere Regelungen dazu sehr weit gefasst waren. Inzwischen zeigt sich, dass die internationalen Standards weitaus enger definiert wurden. Deswegen schaffen wir unsere Regelung wieder ab. Eine Befreiung ist Liechtenstein könnte nach den Privatkunden mit Schwarzgeld künftig auf Konzerne setzen, die auf der Suche nach einem Standort mit Minimalsteuer sind.

2013

Große Koalition – und nun?

Deutschland hat gewählt – Angela Merkel bleibt im Amt, diesmal wieder in einer großen Koalition mit der SPD. Als die Kanzlerin im Adlon spricht, sind die Koalitionsverhandlungen noch in guter (vieler Wirtschaftsvertreter sagen: in schlechter) Erinnerung. Merkel räumt ein: Sie habe der SPD bei vielen Punkten nachgegeben und „Sachen zustimmen müssen, die ich nicht für richtig gehalten habe“.

Nach ihr hat EZB-Präsident Mario Draghi einen seiner seltenen Auftritte in Deutschland. Er weiß, dass die Sorge wegen der Niedrigzinspolitik wächst, gibt sich aber unbeirrt. Ohne die Politik des lockeren Geldes wäre alles noch viel schlimmer gekommen. Im weiteren Kongressverlauf sprechen auch Griechenlands Premier Antonis Samaras und Italiens Ministerpräsident Enrico Letta mit den Gästen. Europa ist nun das große Thema, und der Teilnehmerkreis des Wirtschaftsgipfels wird immer internationaler.

Nein, das ist definitiv nicht unser Ziel. Dafür ist unser Land auch viel zu klein. Wir haben ein attraktives Steuersystem für unsere bestehenden Unternehmen. Oft wird aber übersehen, dass Liechtenstein nicht nur ein Finanzplatz ist, sondern genauso ein erfolgreicher Industriestandort mit Firmen wie Hilti, Thyssen-Krupp Presta oder Ivoclar Vivadent. 40 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts stammen aus diesem Sektor. Wir haben so viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Das zeigt unsere Wirtschaftskraft. Unsere Löhne und die Lebenshaltungskosten sind hoch, und um wettbewerbsfähig zu sein, sind attraktive Unternehmenssteuer ein Argument. **Haben die Panama Papers global etwas verändert?**

Ja, der Druck zu mehr Transparenz in Steuerfragen ist weltweit spürbar, und die Panama Papers haben ihn verstärkt. Dieser Thema darf man sich auch nicht verschließen. Als Kleinstaat haben wir uns schon vorher gefragt, ob wir uns in die Enge treiben lassen oder strategisch neu ausrichten sollen. Wir haben uns für Letzteres entschieden.

Was hat der Wandel Ihr Land gekostet? Heute gibt es noch etwa 30.000 Gesellschaften, davon 16.000 Stiftungen. In Spitzenzeiten waren es bis zu 80.000 Gesellschaften und davon knapp 50.000 Stiftungen. Das ehemalige nicht steuerkonforme Massengeschäft ist vorbei. Entsprechend wurde auch viel Geld abgezogen. Jetzt kommt das große Aber.

Nämlich? Stiftungen mit deklarierbarem Geld sind nichts Unrechtes. Und unsere 16 Banken verwalten aktuell etwa 210 Milliarden Schweizer Franken Kundenvermögen. Das ist mehr als in 2007, dem Jahr vor der letzten großen Steuerreform. Das zeigt, dass unser Finanzplatz auch unter den neuen Bedingungen erfolgreich ist. **Im Zuge der Transformation sanken die Staatseinnahmen. Müssen Sie jetzt sparen?**

Wir haben drei Maßnahmenpakete geschnürt, durch die wir 160 Millionen Franken einsparen und 60 Millionen mehr Erträge erzielen. Unsere Staatsausgaben haben wir von 950 auf unter 800 Millionen Franken gedrückt, und wir gehen bis 2020 von einem ausgeglichenen Haushalt aus. Wir sind also auf Kurs.

Ärgert es Sie, dass auf Liechtenstein internationaler Druck ausgeübt wurde, nicht aber im gleichen Maß auf britische oder amerikanische Steueroasen?

Ja. Gleich lange Spieße sind für den Kampf gegen die Steuerhinterziehung unerlässlich. Für mich ist es völlig unverständlich, dass die USA anderen auf die Füße treten, ihre Unternehmen aber aktiv Werbung machen für gewisse Finanzkonstruktionen in Delaware. Aber der Druck wird weltweit zunehmen und es wird immer schwieriger werden, Geld zu verstecken. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Modell Steueroase nicht zukunftsfähig ist.

Hat das Bankgeheimnis eine Zukunft? Für Liechtenstein hat die Privatsphäre generell einen hohen Wert. Wir halten es nicht für legitim, dass der Staat von jedem seiner Bürger alles weiß, und ich bin dagegen, dass Steuerbehörden die Einsicht in alle Konten der Bürger erlaubt wird. Für Ausländer, die ihr Geld bei uns anlegen, ist das Bankgeheimnis Geschichte. Nicht aber für unsere Bürger.

Die Briten haben den EU-Ausstieg beschlossen, der Finanzplatz London wird abschmelzen. Profitiert Liechtenstein? Wir sind nicht Frankfurt oder Zürich. Großbanken werden wohl kaum hierher kommen. Aber vielleicht kleinere Banken, Versicherungen oder Fondsgesellschaften. Da sieht Potenzial für uns. Am Ende wird alles davon abhängen, wie der Brexit gestaltet wird, welchen Marktzugang die Briten in der EU künftig haben werden.

Liechtenstein ist seit 21 Jahren Mitglied im Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Käme ein EU-Beitritt infrage?

Nein. Die EWR-Mitgliedschaft ist eminent wichtig für unsere Unternehmen. Denn er ermöglicht den freien Marktzugang zum EU-Markt. Wir hätten aber nicht die personellen Kapazitäten, um eine EU-Mitgliedschaft zu stemmen. Als EWR-Mitglied sind wir in Europa integriert und damit auch verpflichtet, EU-Vorgaben umzusetzen. Das bringt unsere Verwaltung an die Grenze der Belastbarkeit. Kritisch sehe ich die Regulierungsflut im Finanzbereich. Leider schießt die EU oft über internationale Standards hinaus. Unsere Banken sind in der Vermögensverwaltung und im Kreditge-

schäft tätig. Sie haben eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von 21 Prozent und benötigen noch nie staatliche Hilfe. Trotzdem müssen sie alle Vorgaben aufwendig umsetzen, die auf internationale Bankkonzernziele abzielen.

Die EU steckt in der Krise. Griechenland, das Flüchtlings Thema, die Sorge um den Euro, Rechtspopulisten – wie relevant ist das für Liechtenstein? Die aktuelle Diskussion um den Brexit zeigt große Unzufriedenheit. Die EU muss sich verteilte Gedanken machen, wohin ihr Weg gehen soll. Momentan blockiert sie sich viel zu oft selber. Auch in der Flüchtlingsthematik kommt man nicht weiter, weil einzelne Mitgliedstaaten gemeinsame Lösungen blockieren. Die Menschen erwarten aber Lösungen für die Zukunft.

Wie könnte die Lösung aussehen? Vielleicht wäre ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten sinnvoll. Wenn man den engen politischen Zusammenhalt nicht hinbekommt, sollte man sich vor allem wirtschaftlich ausrichten und den gemeinsamen Markt in den Mittelpunkt stellen. **Die ursprüngliche Idee der EU war eine Wertegemeinschaft.** Kann man aktuell von einer Wertegemeinschaft sprechen? Die 28 oder 27 Staaten agieren zu unterschiedlich. Viele profitieren von der EU, wollen aber gemeinsame Lasten nicht mittragen. Ich möchte aber klar festhalten, dass mir und dem Land Liechtenstein sehr an einer prosperierenden EU gelegen ist und wir gerne bereit sind, unseren Beitrag dazu zu leisten.